

Berichte zu den Gesprächen der EOS-Gruppe mit MdBs, Berichterstatern der Parteien zum Netzausbau in dem Ausschuss Wirtschaft und Energie am 07.05. 2015 im Jakob-Kaiser-Haus Berlin

Teilnehmer seitens der BIs: Jutta Fritzsche, Hans Büttner, Gert Bindernagel, Ulla Lange

Gespräch mit Herrn Saathoff (SPD) und Herrn Stein, 11:15 – 12:30 Uhr

Das Gespräch findet in freundlicher und zugewandter Atmosphäre statt,

Herr S. zeigt sich erfreut über den Verlauf des Termins **am 23.04.2015** in der niedersächsische Landesvertretung mit den BIs der EOS-Gruppe, er lobt den Beitrag von Jutta Fritzsche, die maßgebliche Argumente für die Begründung einer Südlink Erdverkabelung vorgetragen habe. Die Veranstaltung sei auf politischer Ebene sehr wirksam gewesen. Er hebt besonders hervor, dass EOS richtig aufgestellt sei, da sie Ja sagt zur Energiewende und zur damit verbundenen Notwendigkeit der Südlink-Trasse.

Seit diesem Termin sei in seiner Fraktion Bewegung in die Diskussion gekommen, die Stimmung ändere sich tendenziell zu Gunsten der Erdverkabelung.

Sein Optimismus werde aktuell von Seiten der Tennet gedämpft, die der Erdverkabelung nicht abgeneigt seien, denn diese verspreche sogar mehr Verdienst für sie. Die Erdverlegung werde aber an den Lieferkapazitäten der Kabelhersteller scheitern. Herr S. ist bekannt, dass dies seitens der ABB bestritten wird.

Auf die Frage, ob es Verflechtungen zwischen Tennet und Konzernen gäbe, die von möglichen Stahllieferungen profitieren, weist Herr S. zurück.

Er erläutert, dass die Bundesnetzagentur der Gesetzgebung verpflichtet sei (exekutives Organ) und die Kosten im Auge habe. Daher sei es wichtig, die gesetzlichen Voraussetzungen so zu gestalten, dass die Erdverkabelung prioritär festgeschrieben werde. In dieser Frage sei er mit den Forderungen der EOS einer Meinung.

Es sei wichtig, dies zu kommunizieren ausgehend von der Frage: Was spricht gegen eine Erdverkabelung? Dies seien

- naturschutzfachliche Gründe (z.B. Moore)
- Besorgnisse der Landwirtschaft
 - verschiedene Interessen in Bezug auf die Tiefe der Kabelverlegung
 - möglicher finanzieller Ausgleich bei Freileitungsbau, nicht bei Erdverkabelung
 - Erdkabel werden im Grundbuch erfasst, stellen eine Wertminderung dar, Freileitungen nicht
 - Probleme mit Drainagen
- Kosten.

Zur Kostenfrage gebe es unterschiedliche Berechnungen, je nachdem, welche Aspekte berücksichtigt werden und ob auch volkswirtschaftliche Bewertungen einfließen. Die grundsätzliche Frage der Trassenverlegung sei letztlich eine politische Entscheidung.

Auch wenn Weichenstellungen in Richtung Erdkabelverlegung im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur **Änderung von Bestimmungen des Energieleitungsbaus** in den nächsten Wochen nicht durchsetzbar seien, sei dies noch nicht das Aus. Er sehe weiterhin verschiedene Hebel auf Gesetzgebungsebene und stelle sich darauf ein, immer wieder nach zu justieren, um ein Primat der Erdverkabelung einzubringen.

Das nächste Ziel sei die Anhörung zum og. Gesetzentwurf, die SPD-Fraktion könne zwei Sachverständige nennen, es besteht Einvernehmen, dass hier Herr Bartels genannt wird. Es sei auch empfehlenswert, Gespräche mit den Berichterstattern des Umweltausschusses zu führen, ggf. auch des Gesundheitsausschusses.

Außerdem sollten Vertreter von Tennet unbedingt mit den führenden Kabelherstellern an einen Tisch gebracht werden.

Gespräch mit Herrn Bareiß (CSU), Frau Lanzinger (CSU) und Herrn Hase (CDU), 15:00 – 16:00 Uhr

Das Gespräch findet in einem Ambiente ohne gastliche Willkommengesten (z.B. Warm- und/oder Kaltgetränke) statt und wird von Herrn Bareiß in leicht gehetzter oder zerstreuter Weise eröffnet. Recht bald findet er aber mit Humor zu mehr Aufmerksamkeit für unser Anliegen. Insgesamt können einige freundliche Gesten der beteiligten Politiker sowie auch deren Mitarbeiter nicht ganz den Eindruck einer Distanziertheit oder gewissen Genervtheit über unseren Besuch zerstreuen.

Herr Bareiß beginnt: Er wisse nicht, ob Freileitungen oder Erdverkabelung der bessere Weg sei.

Jutta Fritzsche erklärt sich zur Energiewende und bittet die Politik um Unterstützung bei der Gesetzesgestaltung, die Erdverkabelung der HGÜ auf der gesamten Strecke zu unterstützen, im Interesse der Bürger, insbesondere aus gesundheitlichen Aspekten sowie im Interesse der Werterhaltung von Landschaft als Grundlage auch für die Tourismusentwicklung und -förderung. Da bereits bekannt werde, dass 2 – 3 Mastenreihen im Gespräch sind, sei angesichts dieses massiven Einschnitts unsere Forderung um so dringlicher. Verwiesen wird auf die Erdverlegung der Gasleitungen auf einer Länge von 450 000 km. Dieses Verfahren habe seinerzeit nicht zu Grundsatzdiskussionen geführt, über eine Verlegung oberhalb oder in der Erde.

Herr Hase ergreift das Wort. Die Diskussion habe im Grundsatz mit dem aktuellen Gesetz wenig zu tun, sondern in der Frage Freileitung oder Erdverkabelung gehe es in erster Linie um die Kosten. Eine Erdverlegung sei zwei- bis dreimal teurer. Hinzu komme, dass die bisherigen Planungen soweit fortgeschritten seien, dass -laut Tennet- eine Umkehr in Richtung Erdverlegung die Planungen auf den Stand Null setzen, und als Folge zwei bis drei Jahre verloren seien.

Darauf entgegnete Gert Bindernagel ihm, dass seitens der BI Jeinsen eine alternative Erdkabeltrasse am 22.12.2014 der BNetzA eingereicht wurde. Leider soll dieser Antrag erst nach den Antragskonferenzen bearbeitet werden und dadurch geht viel Zeit verloren.

Herr Haase sei der Meinung, dass ggf. noch etwas erreicht werden könne für eine Teilverkabelung, aber eine 100%ige Erdverkabelung, also auf der gesamten Strecke halte er für unrealistisch.

Zur Mehrkostenfrage der Erdverlegung wird seitens der BI angemerkt, dass dies umgerechnet auf den Strompreis allenfalls eine Wirkung auf die zweite Stelle hinter dem Komma habe und bei den Freileitungen eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung bisher nicht berücksichtigt werde.

Frau Lanzinger bekennt, dass wir HGÜ-Leitungen brauchen, auch wenn der Bedarf Bayerns noch nicht abschließend ermittelt sei. Man müsse alles differenziert sehen, die Energiewende sei komplex und komplexe Projekte erfordern komplexe Lösungen. Wir brauchen Energie und viele Menschen in unserem Land seien gegen alles (denen sollte man doch einmal den Strom abstellen, um zu verdeutlichen, wie sehr auch sie Strom benötigen). Eine Erdverkabelung auf der gesamten Strecke halte sie für nicht durchsetzbar.

Herr Bareiß betont, dass er als Politiker alles wolle, was er bekommen könne, eine möglichst umfassende Umstellung auf regenerative Energien. Grundsätzlich sei jede Technologie von irgendeiner Seite unter Beschuss, allerdings sei auch er irritiert über die Information, dass schon drei Trassen im Gespräch seien. Er halte die Kostenfrage für entscheidend, auch sei die Akzeptanz nicht gegeben, es gebe Bedenken seitens der Landwirtschaft gegenüber der Erdverkabelung, und die Landwirte wären nach seinen Informationen größtenteils gegen die Erdverkabelung.

Die BI-Vertreter unterstreichen abschließend ihren Wunsch an die Politik, das Primat der Erdverlegung in das Gesetz aufzunehmen und den Unterschied zwischen Gleichstrom und Wechselstrom schon in den Grundlagen und Maßnahmen deutlich zu unterscheiden. Bisher müsse die Bundesnetzagentur die Trassenverlegung allein unter dem gesetzlichen Freileitungsgebot umsetzen, eine Änderung in Richtung Erdverlegung sei nur mit neuen gesetzlichen Maßgaben möglich.

Herr Lenkert (Die Linke) und Herr Pätzhold, 17:30 bis 19:15 Uhr

Das Gespräch mit Herrn Lenkert findet in freundlicher und gastlicher Atmosphäre statt. Die Linke positioniert sich gegen die derzeitigen Trassenplanungen, es bestehe kein Bedarf. Für diese Bewertung der Erzeugungs- und Verbrauchsdaten werde eine Studie der mittelständischen Wirtschaft herangezogen. Der Nutzen des Trassenausbaus bestehe weniger für das Gelingen der Energiewende als in den erweiterten Möglichkeiten, Strom (für die Stromkunden kostenpflichtig) hin und her zu schicken. Der Leitungsausbau begünstige die Lieferungen aus billigster Stromerzeugung auf weiteste Entfernungen. Dabei werden auch damit einhergehende Transportverluste außer acht gelassen.

Der Bau von vier Gleichstromtrassen könne mit ca 10 Milliarden€ veranschlagt werden. Die Notwendigkeit werde im Rahmen eines bestimmten Szenarios von der Bundesnetzagentur ermittelt. Zu diesem Rahmen gehören festgelegte energiepolitische Prämissen. Die Linke befürworte die Änderung oder Erweiterung dieser Prämissen mit der Maßgabe, den Trassenausbau nicht zuletzt aus Kostengründen zu minimieren. Wenn sich unter geänderten Voraussetzungen ein Bedarf an HGÜ-Leitungen herausstelle, dann

Seite 4

werde sich Die Linke mit dem Trassenausbau befassen. Hinzu komme, dass der Gleichstrom immer in Wechselstrom umgewandelt werden muss, wollte man von der HGÜ Strom abzweigen. Dazu sei eine Konverter Station notwendig und eine Konversion sei immer mit Verlusten verbunden.

Derzeit gebe es in Deutschland eine Transportkapazität von 21 Gigawatt, das sei ein Viertel der Stromkapazität. Diese Kapazitäten reichen, erforderlich seien Speicherkapazitäten.

Die Frage der Erdverkabelung stelle sich für Die Linke nicht, sie habe aber zu einer kompletten Erdverkabelung eine eher ablehnende Haltung,

- aus Naturschutzgründen, u.a. wegen der Moore und Feuchtgebiete
- weil ein Korridor entstehe, auf dem nichts tief Wurzelnendes wachsen dürfe
- wegen der Zufahrtswege, die eine Schneide in die Landschaft schlagen

- wegen der Mehrbelastung in der Ausbauphase
- weil die Wartungskosten höher seien, da alle 1200 m eine Verbindungsmuffe gesetzt werde, die empfindlich sei (eine Kabelverlegung auf große Entfernungen in einem Stück sei transporttechnisch nicht zu realisieren)
- weil weniger Strom transportiert werden könne wegen der geringeren Kühlung
- weil es große Streckenhindernisse gebe.

Der Linken sei es wichtig, den Netzausbau zu minimieren. Über den Netzentwicklungsplan können Sensitivitäten eingebracht werden. Beim Bundesbedarfsplan werden die Länder beteiligt, es können Stellungnahmen eingebracht werden, so dass Leitungen wegfallen.

Auf die Frage nach unerforschten gesundheitlichen Aspekten und Auswirkungen von Gleichstromtrassen auf die Menschen reagierte er kaum oder sehr wirsch .

Beharrlich, auf das Recht pochend, die BI Aspekte ebenfalls kundtun zu dürfen, nachdem Herr Lenkert ausführlichst seinen Standpunkt dargelegt hatte, erklärte Jutta Fritzsche ihm die etwaigen gesundheitlichen Gefahren ausführlich, die er sich anhörte.

Er gab zu, davon (Raumladungswolken....) noch nichts gehört zu haben, versprach, sich über das Thema über seinen Mitarbeiter Herrn Stein zu informieren.

Sollte bei Berechnungen gemäß eines geänderten Szenariorahmens mit der Priorität, den Trassenausbau zu minimieren, herauskommen, dass HGÜ-Leitungen notwendig sind, wäre Die Linke bereit, unter der Voraussetzung, dass die Bürger dies so für ihre Region entscheiden, eine Erdverkabelung auf Teilstrecken zu befürworten.

Weitere Infos unter:

www.ralph-lenkert.de

www.linksfraktion.de

Ulla Lange